

# Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

[www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de](http://www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de)

Ausgabe August 2024

**Hinweis:** Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

**Einladung:** Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: [info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de](mailto:info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de) (Betr.: "BB-Artikelvorschlag"). Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

## Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Bundesregierung will das Compact-Magazin verbieten**
- **Thilo Gräser: Verbot von «Compact» zielt auf alle Regierungskritiker**
- **Fl. Warweg: Autoritäre Bestrafungsfantasien der FDP-Bildungsministerin für nicht genehmen "Offenen Brief"**
- **Christian Fischer: Wahlrechtsreform 2024**
- **Stützle & v. Holst: Bargeld in Europa gesetzlich schützen!**
- **René Roca: Schweizer Neutralität – Der Einsatz für den Frieden hat einen Preis, ...**
- **Thomas Röper: Ehemaliger britischer Botschafter bestätigt: Konflikt in der Ukraine vom Westen provoziert**
- **Wolfr. Wette: ... Ein anderer Blick auf den Ukraine-Krieg**
- **Jens Berger: Mehrheit der Bevölkerung in Europa und USA für Friedensverhandlungen**
- **Pläne zur Stationierung von Lang- und Mittelstreckenraketen in Deutschland**
- **Röper: Lawrow's Vorschlag für gerechtere Weltordnung**
- **Konferenz zum 70. Jahrestag der "Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz"**
- **K. Leukefeld: Gaza im Juni 2024, wie seit acht Monaten: Es ist Krieg – und die westliche Welt schaut weg ...**
- **Hendrik Pachinger: "Israels Ruf ist für immer ruiniert"**
- **Ilan Pappé: Steht der Zusammenbruch des zionistischen Projektes «Israel» bevor?**
- **Adam Hanieh: Warum der Kampf für Palästina der Kampf gegen den US-Imperialismus in der Region ist**
- **Rainer Rupp: Die mentale Verwirrung der Machtelite in Washington hat System**

**Jeder Mensch muss, so er ein wahrer Mensch ist, lernen,  
allein innerhalb aller zu stehen,  
allein für alle zu denken – wenn es Not tut, sogar auch gegen alle!**

## **Editorial**

Die ersten beiden Beiträge kritisieren das Verbot des Compact-Magazins, was unabhängig von inhaltlichen Positionen als inakzeptabel im Sinne der **Meinungsfreiheit** eingeordnet wird. Auch die Sanktionierung unliebsamer Meinungsäußerung von Hochschullehrern durch die Bundesministerin für Bildung stellt laut Florian Warweg einen **Bruch mit liberal-demokratischen Wissenschaftstraditionen** dar.

Das Verfassungsgerichtsurteil zur **Wahlrechtsreform** kommentiert Christian Fischer und stellt eine demokratische Alternative vor. Über Deutschland hinaus weist der Verordnungsvorschlag der EU-Kommission zur Einführung eines digitalen Euro; hier plädieren Hansjörg Stützle und Hakon von Holst entschieden für die **Beibehaltung von Bargeld** als gesetzliches Zahlungsmittel. Mit der Stellungnahme von René Roca für die Beibehaltung der **Schweizer Neutralität** und gegen die Schaffung einer internationalen "regelbasierten" Ordnung leiten wir zum Thema der derzeitigen Kriege über.

Thomas Röper stellt dar, dass der ehemalige britische Botschafter in Moskau die bewusste **Provokation des Ukrainekrieges** durch den Westen bestätigt hat. Wolfram Wette erinnert an verschiedene westliche Politiker, die bereits früh vor dieser Provokation gewarnt haben. Laut einer von Jens Berger zitierten Studie sind im Unterschied zu ihren politischen Führern die **Bevölkerungen in Europa und USA an Frieden und Verständigung interessiert**. Deshalb ist es sehr richtig, dass u.a. der IPPNW die Pläne zur Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Deutschland kritisiert.

Angeichts der weiteren Verschärfung der weltweiten Konfrontationen entwirft der russische Außenminister Sergej Lawrow in einer Grundsatzrede vor dem UN-Sicherheitsrat **ein internationales Friedenskonzept**, um "das Vertrauen wiederherzustellen und die internationale Situation zu stabilisieren". Der chinesische Staatspräsident erinnert an die **Fünf Prinzipien der Friedlichen Koexistenz**, die 1955 zum Beginn der Bewegung der Blockfreien formuliert wurden und deren Zusammenarbeit und Selbststärkung stark unterstützen.

Die schreckliche Situation in Gaza und die **anhaltende Gewalttätigkeit der israelischen Regierung** trotz zahlreicher internationaler Proteste schildert Karin Leukefeld. Darüber hinaus stellen Hendrik Pachinger und Ilan Pappé in ihren Beiträgen dar, dass Israels Aggressivität inzwischen **selbst Israels Existenz gefährdet**. Adam Hanieh ordnet den Kampf für Palästina in einen Kampf gegen das **Bündnis Israels mit dem US-Imperialismus** ein. Und Rainer Rupp greift abschließend die Aussagen von Richard Wolff auf, der ausführlich darstellt, dass die auf Macht ausgerichtete **US-Elite sich den Realitäten verschließt**, und seit Jahrhunderten große Schwierigkeiten habe, Probleme anders als "mit militärischer Gewalt" zu "lösen".

## • Bundesregierung will das Compact-Magazin verbieten

Die Pressesprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, hat dem CompactTV ein Interview gegeben, das am 13.07.2024 veröffentlicht wurde. Sacharowa äußert sich zu dem, was daraufhin folgte: "Am Montag hat man sich das Interview offenbar im Bundesinnenministerium angeschaut. Am Dienstag wurden mehrere Räumlichkeiten des Compact-Magazins durchsucht und das Magazin selbst wurde verboten. – Ich bin der Meinung, dass das Verbot vor allem darauf zurückzuführen ist, dass in unserem Gespräch [die Wahrheit ausgesprochen](#) wurde, die den Deutschen so sorgfältig vorenthalten wird. Hier einige meiner Zitate aus dem Interview: «Deutschland bekommt nur deshalb kein Gas aus Russland, weil die USA den Deutschen verboten haben, Gas aus Russland zu beziehen». «Russland und die UdSSR haben zu keinem Zeitpunkt aus eigener Initiative heraus Gaslieferungen in die EU eingestellt». «Eine technische Wiederaufnahme der Gaslieferungen über den intakt bleibenden Nord-Stream-Strang ist eine Frage von wenigen Wochen»."

Thomas Röper berichtet: "Bundesinnenministerin [Faeser persönlich hat angewiesen, das Compact-Magazin zu verbieten](#). Seit dem frühen Morgen [des 16.07.2024] fanden unter Polizeibegleitung Razzien in mehreren Bundesländern statt, es wurden Häuser und Büros in Brandenburg, Sachsen, Hessen und Sachsen-Anhalt durchsucht, darunter auch die Geschäftsräume von Compact-Chef Jürgen Elsässer. In der [Verbotsverfügung](#) des Bundesinnenministeriums wird der Schritt damit begründet, dass sich das Compact-Magazin nach Ansicht des Ministeriums 'gegen die verfassungsmäßige Ordnung richtet'.“ Der dem Ministerium unterstellte Verfassungsschutz, der das Compact-Magazin im Dezember 2021 als "erwiesen rechtsextremistisch" einstuft, hat Faeser die Grundlage gegeben. Die Mainstream-Medien werfen dem Magazin schon lange vor, es sei rechtsextrem und würde "Verschwörungsmymen, prorussische Propaganda und antisemitische Narrative" verbreiten. Aber weder gebe es irgendwelche Klagen gegen das Compact-Magazin wegen "antisemitischen Narrativen" unter Bezug auf den Volksverhetzungssparagrafen noch wegen Aufruf zum Sturz des deutschen Systems. Darauf habe auch Elsässer vor den Journalisten hingewiesen, die so früh am Morgen nur anwesend sein konnten, weil sie im Unterschied zu Elsässer vorher informiert wurden. Für Elsässer ist der mit der Aktion von Faeser vorgenommene Eingriff in die Pressefreiheit schlimmer als der bei der Spiegel-Affäre, da hier versucht werde, "das ganze Publikationsorgan mit angeschlossenem Fernsehen von Compact zu zerschlagen". Der Spiegel habe weiter erscheinen dürfen. Röper fragt angesichts der Behauptung, dass die dem Compact-Magazin vorgeworfenen Verstöße so eindeutig seien: "Warum hat man das Verbot dann nicht gerichtlich durchgesetzt, sondern per Dekret? Nun muss Elsässer – übrigens in Umkehr der Unschuldsvermutung, die einen Rechtsstaat ja ausmacht – vor Gericht gegen das Verbot vorgehen und beweisen, dass es ungerechtfertigt ist. In einem Rechtsstaat sollte es umgekehrt sein: Die Regierung müsste gerichtlich beweisen, dass Compact tatsächlich all das tut, was sie ihm vorwirft."

Am 14.08.2024 hat das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) das [Verbot des Compact-Magazins per Eilbeschluss vorerst aufgehoben](#). Damit darf das Magazin entsprechend dem Antrag von 'Compact' weiter erscheinen. Laut BVG könne die Verbotsverfügung zwar formell richtig sein, aber ob das Magazin gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtet sei, müsse im Hauptverfahren geklärt werden. Aber das Gericht meldete Zweifel an, ob das am 16.07.2024 verzogene Verbot angesichts der Grundrechte auf Meinungs- und Pressefreiheit verhältnismäßig sei.

*[Thomas Röper](#), Jg. 1971, zunächst Versicherungs- und Finanzdienstleistungsexperte in Osteuropa und Russland, dann unabhängiger Unternehmensberater in St. Petersburg; lebt seit 15 Jahren in Russland und betreibt die Seite [www.anti-spiegel.ru](http://www.anti-spiegel.ru), wo er sich kritisch mit der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen, zu Russland, zu (Geo-)Politik und Wirtschaft auseinandersetzt. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- Thilo Gräser: **Verbot von «Compact» zielt auf alle Regierungskritiker**

Genau so wenig wie Thomas Röper identifiziert sich Tilo Gräser mit den Inhalten des Compact-Magazins. Gräser hält das [Verbot des Magazins für „mutmaßlich verfassungswidrig“](#) und sieht sich dabei vom Verfassungsrechtler und ehemaligen Bundesverteidigungsminister Rupert Scholz bestätigt. Gräser verweist dazu auf Artikel 5 GG und stellt fest, dass es in diesem Fall “keinerlei bekannte, juristisch geahndete Rechtsverstöße durch das nun verbotene Magazin” gibt. “Die Grundrechte gelten für alle, egal welcher Herkunft, welcher Religion, welcher Weltanschauung und auch egal welcher parteipolitischen und ideologischen Ausrichtung. Daran muss immer wieder erinnert werden angesichts von Entwicklungen, für die das mit einem massiven Polizeiaufgebot durchgesetzte Verbot von Compact steht.” Einen schlimmen Höhepunkt habe die “bittere und traurige Traditionslinie des deutschen Obrigkeitsstaates” auch in der Corona-Zeit erreicht, als “deutsche Polizisten Jagd auf Menschen machten, die mit dem Grundgesetz in der Hand für ihre Grundrechte demonstrierten”.

Gräser führt noch weitere Beispiele von verfassungswidrigem Regierungshandeln an und verweist dann auf das “Spiegel-Urteil” des Bundesverfassungsgerichts vom 05.08.1966. Darin heißt es: “Eine freie, nicht von der öffentlichen Gewalt gelenkte, keiner Zensur unterworfenen Presse ist ein Wesenselement des freiheitlichen Staates; insbesondere ist eine freie, regelmäßig erscheinende politische Presse für die moderne Demokratie unentbehrlich. Soll der Bürger politische Entscheidungen treffen, muss er umfassend informiert sein, aber auch die Meinungen kennen und gegeneinander abwägen können, die andere sich gebildet haben.” Mit Oskar Lafontaine ist Tilo Gräser der Meinung, dass die wirklichen Verfassungsfeinde und Rechtsextremisten in der Regierung und in den Parteien zu finden seien.

[Tilo Gräser](#), Jg. 1965, Diplom-Journalist, seit März 2017 Redakteur und Korrespondent für sputniknews, zuvor Journalist für verschiedene Medien und Pressesprecher; Schwerpunkte sind Politik und Soziales. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Florian Warweg: **Die autoritären Bestrafungsfantasien der FDP-Bildungsministerin für nicht genehmen “Offenen Brief”**

Das ARD-Magazin Panorama hat am 11.06.2024 geleakte interne Unterlagen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) veröffentlicht. Aus denen geht hervor, dass Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger prüfen ließ, ob und wie man 393 Hochschullehrer und Dozenten an Berliner Universitäten, die einen Offenen Brief unterzeichnet hatten, gegen den sich die Ministerin positioniert hat, straf- und förderrechtlich sanktionieren kann. Die Wegnahme von Forschungsmitteln wegen einer der Ministerin nicht genehmen Meinungsäußerung stellt laut Florian Warweg einen Bruch mit allen liberal-demokratischen Wissenschaftstraditionen der Bundesrepublik (Wissenschaftsfreiheit, Hochschulautonomie) dar. Zudem liege die Zuständigkeit für Disziplinarfragen bei den Bundesländern und würden Bundesmittel ausschließlich an Institutionen und nicht an Einzelpersonen vergeben. Auf der Bundespressekonferenz konnte die Sprecherin des BMBF keinerlei zufriedenstellende Antworten auf Fragen zu dieser Problematik geben. Für Warweg ein Offenbarungseid.

Am 16.06.2024 hat die Bildungsministerin mitgeteilt, dass “eine Prüfung potentieller förderrechtlicher Konsequenzen bei den zuständigen Fachreferaten” von der zuständigen Staatssekretärin Sabine Döring veranlasst worden sei und sich diese missverständlich ausgedrückt habe. Da für die Aufarbeitung “[ein personeller Neuanfang nötig](#)” sei, hat Stark-Zimmermann den Bundeskanzler gebeten, die Staatssekretärin in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen. In der Pressemitteilung betont die Ministerin abschließend, die nur von der Gewalt der Hamas und Hisbollah spricht: “Für Judenhass, Gewalt und Volksverhetzung ist kein Platz in Deutschland.”

[Florian Warweg, Jg. 1979](#), gehört seit Juni 2022 zum Redaktionsteam der NachDenkSeiten. Zuvor arbeitete er u.a. im Bundestag sowie für das Lateinamerikaportal [amerika21](#) und 'RT DE'. Von 2003 bis 2009 hatte er längere Arbeits- und Studienaufenthalte im Nahen Osten und Lateinamerika. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Christian Fischer: **Wahlrechtsreform 2024**

Die aktuelle [Wahlrechtsreform ist soeben vom Bundesverfassungsgericht teils bestätigt](#), teils abgelehnt worden. Bestätigt wurde die Begrenzung auf maximal 630 Abgeordnetensitze bei gleichzeitiger Sitzaufteilung gemäß dem Zweitstimmenergebnis (Parteienverhältnis), ggf. zulasten von Erststimmenergebnissen, auch wenn damit persönliche Wahlkreissieger leer ausgehen! Nicht bestätigt wurde eine strikte Anwendung der 5%-Klausel, was so nicht verfassungskonform sei; die Vertretung von Parteien muss gemäß Urteil also auch weiterhin erhalten bleiben, sofern eine Partei über Direktmandate und Kooperation mit einer anderen Partei Fraktionsstärke erringen könnte.

Regierung und Bundestagsmehrheit wollen dieses Wahlrecht nun bei der nächsten Bundestagswahl so anwenden.

Christian Fischer bezweifelt in seinem [Zwischenruf](#) vom 06.08.2024, dass es erforderlich ist, die Persönlichkeitswahl zu beschneiden, um Gerechtigkeit für den Parteienproporz herzustellen. Er präsentiert dazu einen anderen Vorschlag, der berücksichtigt, dass in der öffentlichen Diskussion eine Tatsache völlig vergessen und nicht thematisiert wurde: nämlich, dass die Bundestagswahl bisher und nun auch in Zukunft mit Landesinteressen belastet ist, bzw. mit Interessen der Landesparteien. Denn die Zweitstimmen werden für die Parteien landesweit, nicht bundesweit ausgezählt und ausgeglichen. Damit werden zwar die Landesverbände der Parteien gewürdigt und bevorteilt – aber es wird eben auch das Anwachsen der Ausgleichsmandate erzeugt. Warum? Es handelt sich doch um eine Bundeswahl! Bei konsequent nur bundesweiter Auszählung könnten erstens alle Erststimmensieger in den Bundestag einziehen, zweitens Ausgleichsmandate gemäß bundesweitem Zweitstimmenergebnis vergeben werden, und wir hätten 3. zum Beispiel bei der letzten Bundestagswahl 2021 weniger Abgeordnete als 2 x 299, nämlich ca. 541. – Die Beispielrechnung hat Fischer im Unterkapitel 'Direktere Demokratie' von ['Genauer betrachtet'](#) dargestellt.

*Christian Fischer, Jg. 1951, promovierter Ingenieur, zahlreiche Fachpublikationen in Bauphysik; politisch und journalistisch tätig mit Publikationen in den Zeitschriften 'Zeit-Fragen', 'Zeitgeist.online'; Redaktionsmitglied beim 'Bürgerbrief für Frieden und Demokratie'. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- Hansjörg Stütze & Hakon von Holst: **Bargeld in Europa gesetzlich schützen!**

Angeichts des Verordnungsvorschlags der EU-Kommission, einen digitalen Euro einzuführen und zum gesetzlichen Zahlungsmittel zu machen, warnen Hansjörg Stütze und Hakon von Holst vor der so entstehenden gläsernen Welt: "[Wenn Bargeld schwindet, schwindet ein entscheidender Teil unserer Freiheit](#). Denn es entsteht eine komplett andere Welt: Jeder Austausch kann überwacht, kontrolliert, eingeschränkt und eingestellt werden. Jede Zahlung kann mit Gebühren belegt werden. Gehört mein Geld wirklich noch mir, wenn es in der digitalen Welt eingesperrt ist? Die Konsequenzen einer Welt ohne Bargeld sind unter anderem wegen der allumfassenden Kontrolle sehr weitreichend und tangieren jeden unserer Lebensbereiche. Eine freie Gesellschaft braucht jedoch ein freies Zahlungsmittel, das nicht überwacht und gesteuert werden kann."

Um eine freie Gesellschaft zu erhalten, haben Stützle und von Holst eine "Petition an das EU-Parlament und an die Regierungen der EU-Länder" mit dem Titel "Bargeld in Europa gesetzlich schützen!" verfasst, [die hier unterzeichnet werden kann](#).

[Hansjörg Stützle](#), Jg. 1970, arbeitete nach seiner Fachausbildung im väterlichen Beratungsunternehmen für integrale Unternehmensentwicklung. Er erforschte die Grundwahrheiten des Geldes und bündelt dieses Wissen in seinem Projekt "[WertVoll Leben](#)", das er in Vorträgen, Seminaren und Ausbildungsreihen der Allgemeinheit zur Verfügung stellt. Er setzt sich für den Erhalt des Bargeldes ein und arbeitete drei Jahre lang an dem Buch "[Das Bargeldkomplott](#)". (Red.)

[Hakon von Holst](#), Jg. 1999, verfasste schon als 10-Jähriger eine Zeitung, ist Buchhändler und setzt sich seit 2020 für die Erhaltung von Bargeld ein, dem "einzigen etablierten freien Zahlungssystem". (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- René Roca: **Schweizer Neutralität – Der Einsatz für den Frieden hat einen Preis, den wir uns leisten können – und leisten müssen!**

Für René Roca zeigt das Ergebnis der Bürgenstock-Konferenz mit aller Deutlichkeit, dass die "Schweizer Neutralität heute praktisch pulverisiert" ist. Die Schweiz sei heute "im «westlichen Lager» voll integriert und alles andere als neutral". Roca verweist auf die jüngst eingereichte Neutralitätsinitiative, die die "[Schweizer Neutralität in der Verfassung und im Bewusstsein der Schweizer Bevölkerung wieder verankern](#)" will. Er verweist auch auf die UN-Charta und ihr Gewaltverbot, das allerdings durch zwei Einschränkungen in der Charta praktisch durch die Großmächte immer wieder gebrochen werde. Roca erinnert an den ersten Golfkrieg 1990/91, bei dem die Schweizer Regierung erstmals ihre integrale Neutralität verletzt und sich den Sanktionen gegen den Irak angeschlossen habe, ohne dass darüber in der Öffentlichkeit diskutiert worden sei.

Roca wirft angesichts der auch in Folge von den USA geführten Kriege und des aktuellen Ukraine-Krieges die Fragen auf, was mit dem vom Westen verkündeten Narrativ einer "wertebasierten Ordnung" gemeint ist und auf welche "Werte" sich die westlichen Staaten dabei stützen. Roca verweist auf die vom westlichen Narrativ abweichende Stellungnahme von Ländern in Lateinamerika, Afrika und Asien zu den laufenden Kriegen und deren Forderung, "die nötigen Reformen der UN-Institutionen, besonders des Sicherheitsrates, nun anzugehen, damit diese der neugestaltenden Multipolarität der Welt endlich Rechnung tragen und damit sich das Völkerrecht in gerechter Weise weiterentwickeln könne".

Roca mahnt, die Schweizer Neutralität nicht länger gegen die Schwächen der UN-Charta auszuspielen, sondern das Humanitäre Völkerrecht zu verteidigen, indem mit der gelebten Schweizer Neutralität und der Weiterentwicklung der UN-Charta auch eine weitere Annäherung an die NATO unterbleibt.

[René Roca](#), Jg. 1961, promovierter Historiker und Gymnasiallehrer in Basel; gründete und leitet das Forschungsinstitut direkte Demokratie ([www.fidd.ch](http://www.fidd.ch)). Er publiziert regelmäßig zu den Themen direkte Demokratie, Naturrecht und Genossenschaftsprinzip. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Thomas Röper: **Der ehemalige britische Botschafter in Russland bestätigt, dass der Konflikt in der Ukraine vom Westen provoziert wurde**

Der ehemalige britische Botschafter in Moskau (2004-2008), Anthony Brenton, bestätigte laut TASS die Einschätzung von Nigel Farage, dem Vorsitzenden der Partei 'Reform UK', der gesagt

hatte, der Westen habe den Konflikt in der Ukraine mit seiner Politik der EU- und NATO-Erweiterung provoziert. In einem von Brenton verfassten und vom 'Daily Telegraph' veröffentlichten Meinungsbeitrag fordert er den Westen außerdem auf, [Friedensgespräche mit der Russischen Föderation aufzunehmen](#). Nach Brenton würde ein Friedensvertrag die Weigerung der Ukraine, der NATO beizutreten sowie Sicherheitsgarantien des Westens beinhalten. Abschließend warnt er: "In der Tat stehen die Ukraine und ihre westlichen Verbündeten vor der folgenden Wahl: Entweder sie nutzen die Vorteile [der Erhaltung der ukrainischen Staatlichkeit und der Annäherung Kiews an die westlichen Hauptstädte], indem sie eine Lösung für die Gebiete finden, wobei es am schwierigsten sein wird, sich über die Krim zu einigen, oder sie verlängern den langen und unvorhersehbaren Krieg, in dem das Übergewicht bisher auf der Seite Russlands zu liegen scheint und in dem wir ein langsames, aber stetiges Abgleiten in Richtung einer direkten Konfrontation zwischen der NATO und Russland sehen, mit all den schrecklichen Folgen einer Eskalation, die das mit sich bringen könnte. Es ist definitiv Zeit für einen Dialog."

*Thomas Röper, Jg. 1971, zunächst Versicherungs- und Finanzdienstleistungsexperte in Osteuropa und Russland, dann unabhängiger Unternehmensberater in St. Petersburg; lebt seit 15 Jahren in Russland und betreibt die Seite [www.anti-spiegel.ru](http://www.anti-spiegel.ru), wo er sich kritisch mit der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen, zu Russland, zu (Geo-)Politik und Wirtschaft auseinandersetzt. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

#### ● Wolfram Wette: **Gegen den Strom. Ein anderer Blick auf den Ukraine-Krieg**

Wolfram Wette legt uns nahe, den Ukraine-Krieg zu verstehen. Dazu verweist er auf die Kriegsverhütungsforschung im Sinne Gustav Heinemanns, der sich gegen die Wiederbewaffnung der BRD wandte, und an die Erkenntnis von Egon Bahr: "In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten. Merken Sie sich das, egal, was man Ihnen im Geschichtsunterricht erzählt!" Um ein wirklichkeitsnahes Bild des Ukraine-Krieges zu bekommen, untersucht Wette die Konfliktlinien der ukrainischen Innenpolitik, die geopolitischen Interessen Russlands und die machtpolitischen Interessen der USA. Wette stellt dann fest: "Im politischen Kampf um die Ukraine prallten dann spätestens 2014 die unterschiedlichen geostrategischen Machtinteressen der Atomkräfte USA und Russland offen aufeinander. Sie korrespondierten mit der innerukrainischen Konfliktkonstellation", die durch die systematische Aufrüstung des von Kiew regierten Teils der Ukraine und durch die Autonomiebestrebungen in der Ostukraine entstanden ist.

Wette erinnert an Warnungen im Westen. So habe Helmut Schmidt in der [NATO-Osterweiterung eine Provokation Russlands](#) gesehen. Robert S. McNamara habe diese als einen "politisch-strategischen Fehler von historischem Ausmaß" eingestuft. Papst Franziskus habe den Krieg "vielleicht in gewisser Weise entweder provoziert oder nicht verhindert" bezeichnet. Und Wette erinnert an Klaus von Dohnanyi: "Putin ist der Aggressor, aber die Möglichkeit, den Krieg zu verhindern, lag beim Westen." Auch aufgrund der mangelnden westlichen Verhandlungsbereitschaft, siehe Reaktion auf Istanbul, seien die Aussichten "derzeit leider düster". Am Schluss bleibt für Wette "die aufrührende Erkenntnis, dass dieser Krieg hätte vermieden werden können. Er wurde und wird noch immer geführt wegen unterschiedlicher Machtinteressen." Er ruft uns deutsche Bürger auf, sich im Sinne des Grundgesetzes "für einen Waffenstillstand und für die Initiierung eines Friedensprozesses einzusetzen".

Das Buch "[Wahrheitssuche im Ukraine-Krieg. Um was es wirklich geht](#)" von Thomas Mayer ist eine sorgfältig recherchierte und umfassende Tatsachensammlung zum Ukraine-Krieg. Mit eigenen Vermutungen hält sich der Autor zurück. Er geht den Fragen nach: Wie ist der Konflikt historisch entstanden? Mit welchen Weichenstellungen wurde auf den Krieg hingesteuert? Um was geht es wirklich? Wie haben die Ukraine, die USA, die NATO und Russland die Eskalations-Spirale

angetrieben? Es geht nicht darum, wer "gut" oder "böse" ist, wer "gewinnt" oder "verliert". Es geht darum, die Zusammenhänge zu verstehen. So erweitern wir den Raum für einen Dialog hin zum Frieden. Die Wahrheit macht frei. Und die Wahrheit zu achten, führt zum Frieden. – [Thomas Mayer](#) wird in einem Video (1m05) kurz vorgestellt.

[Wolfram Wette](#), Jg. 1940, studierte Politikwissenschaft, Geschichte und Philosophie. Von 1971 bis 1995 arbeitete er am Militärgeschichtlichen Forschungsamt (MGFA) in Freiburg im Breisgau, seit 1998 als Professor für Neueste Geschichte am Historischen Seminar der Universität Freiburg. Er ist Mitbegründer des Arbeitskreises Historische Friedensforschung (AHF) und Mitherausgeber der Reihe "Geschichte und Frieden" sowie des Jahrbuchs "für Historische Friedensforschung". (Red.)

[Thomas Mayer](#), Jg. 1965, Bürokaufmann; 1988 Mitbegründer von Mehr Demokratie e.V., 1993 bis 1995 Beauftragter des erfolgreichen Volksbegehrens "Mehr Demokratie in Bayern", bis 2001 Büroleiter bzw. Geschäftsführer von Mehr Demokratie e.V., 1997 bis 2001 Bürgerbegehren "Unser München aus der Schuldenfalle", 1998 Volksbegehren "Mehr Demokratie in Hamburg", 2000 "Mehr Demokratie in Thüringen", 2004 "Faires Wahlrecht in Hamburg"; ab 1997 Konzeption und Vorbereitung von Regiogeldern, ab 2002 Mitwirkung beim Start des Chiemgauers und des bundesweiten Regiogeld e.V., 2013 bis 2018 Kampagnenleitung der Schweizer Vollgeld-Initiative; mehrere Buchveröffentlichungen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Jens Berger: Eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung ist für Friedensverhandlungen, sowohl in Europa als auch in den USA**

Die Völker wollen Frieden. Während die überwältigende Mehrheit in Politik und Medien den Krieg in der Ukraine bis zu einem Sieg der Ukraine weiterführen will, bevorzugt eine ebenso überwältigende Mehrheit der Menschen eine Verhandlungslösung, um das Blutbad zu stoppen und den Konflikt nicht zu einem Dritten Weltkrieg eskalieren zu lassen. Dies gilt laut einer aktuellen Studie des 'Institute for Global Affairs', einer Denkfabrik der 'Eurasia Group' sowohl für Deutschland, Großbritannien und Frankreich als auch für die USA – also die größten Unterstützer der Ukraine im Krieg. [Vor allem in Westeuropa wird als wichtigstes Ziel die Vermeidung einer Eskalation des Konflikts genannt](#), in den dann weitere europäische Staaten mit hineingezogen werden könnten. Jens Berger zitiert die Studienautoren: "Die Daten zeigen, dass die Menschen sich der Risiken einer Eskalation bewusst sind und die Notlage der Ukrainer mitfühlen, aber sie sind weniger eindringlich als ihre politischen Führer, die behaupten, dieser Krieg müsse für die Sache der Demokratie selbst oder zur vollständigen Zurückdrängung Russlands auf seine Grenzen vor der Invasion geführt werden."

[Jens Berger](#), Jg. 1972, abgeschlossenes Studium der Volkswirtschaftslehre, freier Journalist, Redakteur der [NachDenkSeiten](#); schreibt zu sozial-, wirtschafts- und finanzpolitischen Themen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Pläne zur Stationierung von Lang- und Mittelstreckenraketen in Deutschland**

Ab 2026 wollen die USA [wieder Langstreckenwaffen in Deutschland](#) stationieren. Wie beide Staaten am Rande des NATO-Gipfels in Washington erklärten, ist die Verlegung zunächst zeitweilig geplant und soll später dauerhaft werden. Demnach sollen Tomahawk-Raketen nach Deutschland gebracht werden, sowie noch zu entwickelnde Hyperschallwaffen. Diese konventionellen Waffen hätten eine deutlich größere Reichweite als die derzeitigen landgestützten Systeme in Europa, hieß es. Tomahawks können Ziele in deutlich mehr als 2'000 Kilometern Entfernung treffen. Als Ziel der Waffenverlegung wird angegeben, es gehe darum, Russland abzuschrecken und den

Schutz der NATO-Mitglieder in Europa zu erhöhen. Dieser Zielsetzung stimmen in Berlin der Unionssprecher Hardt und die Freidemokratin Strack-Zimmermann zu, während die Grünen noch Klärungsbedarf sehen, die Linken vor einem Rüstungswettlauf warnen und die AfD [mit dieser Stationierung Deutschland zur Zielscheibe](#) werden sieht.

Aus Berichten von dem am 11.07.2024 zu Ende gegangenen NATO-Gipfel in Washington geht laut 'German-Foreign-Policy' hervor, dass Deutschland, Frankreich, Italien und Polen beschlossen haben, gemeinsam einen Marschflugkörper oder eine Hyperschallrakete zu entwickeln, die eine Reichweite von rund 2'000 Kilometern haben könne. Damit gerät bei einer Stationierung der Waffe in der Bundesrepublik die [russische Hauptstadt ins Visier](#). Übergangsweise sollen US-Marschflugkörper vom Typ Tomahawk sowie Lenkraketen SM-6 in Europa stationiert werden, vermutlich in Wiesbaden. Washington will dort zudem Hyperschallwaffen vom Typ 'Dark Eagle' aufstellen, sobald deren Entwicklung abgeschlossen ist.

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg gab auf dem Gipfel auch bekannt: Ein neuer US-Standort für ballistische Raketen im polnischen Redzikowo, knapp 400 Kilometer von Berlin entfernt, ist jetzt betriebsbereit. Das dort angeblich zur Raketenabwehr installierte System kann ebenso wie das seit 2016 betriebene im rumänischen Deveselu auf Angriffsaktionen umprogrammiert werden. Das widersprach nicht nur nach russischer Auffassung dem INF-Vertrag von 1987 zur Begrenzung von Kurz- und Mittelstreckenraketen, der 2019 von US-Präsident Donald Trump aufgekündigt wurde. Die russische Führung reagierte am 11.07.2024 auf die gebündelte Eskalation u.a. mit einer Erklärung des Präsidentialamtssprechers Dmitri Peskow: [Es müssten Maßnahmen ergriffen werden, um das westliche Militärbündnis in Schach zu halten](#).

Die atomare Abschreckung ist laut Rolf Bader ein fragiles Konstrukt, der [Atomkrieg ist eine reale Gefahr](#). Die NATO könnte zum 75-jährigen Jubiläum deeskalierende Angebote machen. Habe sie aber nicht. Im Vorfeld des Treffens erinnerte Bader daran, dass weltweit die Atomarsenale aufgerüstet und Abkommen (INF, ABM, New-START-Vertrag, CTBT) aufgekündigt werden. Bader verweist auf das Gutachten des IGH, dass der Einsatz von Atomwaffen völkerrechtswidrig sei. Atomwaffen seien Massenvernichtungswaffen, die die Umwelt zerstörten und sowohl Kombattanten wie die Zivilbevölkerung töteten. Er erinnert an den Physiker Carl Friedrich von Weizsäcker, der schon 1970 bezweifelt habe, dass Abschreckung mit Atomwaffen auf Dauer den Krieg verhindern könne. Weizäcker verlangte 1984, es müsse alles versucht werden, um Atomwaffen abzurüsten. Dieser Appell werde bis heute nicht ernst genommen. Bader wirft den Verantwortlichen mit den Worten von Brigadegeneral a.D. Helmut W. Ganzer vor: "Die verheerenden Konsequenzen einer Kriegsführung mit Atomwaffen in Europa, wenn die Abschreckung versagt, werden dabei ausgeblendet und verharmlost."

Die ärztliche Friedensnobelpreisträger-Organisation [IPPNW kritisiert die Ankündigung der NATO](#) zur Stationierung neuer Mittelstreckenraketen vom Typ Tomahawk, die mit konventionellen oder atomaren Sprengköpfen bestückt werden können. Dies und die Einrichtung eines neuen Ukraine-Kommandos in Wiesbaden seien weitere Stufen der atomaren Eskalation. Auch die IMI (Informationsstelle Militarisation e.V.) sieht in einer Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland ein erhebliches Risiko für eine weitere Eskalation mit Russland. IMI kritisiert dabei auch, dass die [Ankündigung dieser Installation ohne jegliche parlamentarische oder öffentliche Debatte erfolgt](#) sei. IMI erinnert daran, dass Waffensysteme wie "Dark Eagle", "Tomahawk" oder "Taurus" von Russland nicht ohne Grund als massive Bedrohung ("Messer an der Kehle") wahrgenommen werden.

*GFP, [German-Foreign-Policy](#), eine Gruppe unabhängiger Publizisten und Wissenschaftler, beobachten kontinuierlich das Wiedererstarken deutscher Großmachtbestrebungen auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet. (Red.)*

*[Rolf Bader](#), Jg. 1950, ist Diplom-Pädagoge, ehemaliger Offizier der Bundeswehr und ehemaliger Geschäftsführer der Deutschen Sektion der 'Internationalen Ärzte\*innen für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte\*innen in sozialer Verantwortung e.V.' (IPPNW). (Red.)*

Der [IPPNW](#), eine Vereinigung von Ärzten und Psychotherapeuten, setzt sich für die Ächtung jeglichen Krieges, für gewaltfreie, zivile Formen der Konfliktbearbeitung, für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und die gerechte Verteilung der Ressourcen, sowie für ein soziales und humanes Gesundheitswesen ein. (Red.)

Der 1993 gegründete Verein "[Lebenshaus Schwäbische Alb](#) - Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie e.V." mit Sitz in Gammertingen (Kreis Sigmaringen) will konstruktive, Leben stiftende Antworten auf existentiell wichtige Fragen und auf die vielfältigen Formen zerstörerischer Gewalt geben. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Thomas Röper: Lawrow unterbreitet der Welt einen Vorschlag für eine gerechtere Weltordnung**

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat seinen gegenwärtigen Vorsitz im UN-Sicherheitsrat für eine Grundsatzrede zu den "Grundlagen der internationalen Rechtsordnung" genutzt. Eingangs charakterisiert er die "regelbasierte Ordnung" mit "Herrsche Amerika!". In dieser Ordnung interpretiere der "kollektive Westen" die wichtigsten Bestandteile des Völkerrechts entsprechend US-Anweisungen und viele UN-Resolutionen würden "ganz und gar ignoriert". Dazu nennt er Beispiele bis hin zur rücksichtlosen Ausweitung der NATO, zum Staatsstreich in der Ukraine und zur Umerziehung des ukrainischen Präsidenten Selenskyj. Er appelliert "an die Beherrscher des ukrainischen Regimes: Halten Sie sich an Artikel 1.3 der UN-Charta, der die Grundrechte und -freiheiten aller Menschen 'ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion' garantiert".

Angesichts der weiteren Verschärfung der Konfrontation bis in den asiatisch-pazifischen Raum durch Schmieden von "konfrontativen Blöcken" und der Vorbereitung von "langwierigen Kriegen" auch außerhalb Europas, angesichts der nicht abgesprochenen Stationierung von "bodengestützten Mittelstreckenraketen auf deutschem Territorium", angesichts der Ausweitung des "Handels- und Wirtschaftskriegs mit den Unerwünschten" unter dem die Europäer und die Länder des globalen Südens zu leiden haben, stellt Lawrow fest: "Das Vorgehen der USA und ihrer Verbündeten behindert die internationale Zusammenarbeit und den Aufbau einer gerechteren Welt, hält ganze Länder und Regionen in Geiselschaft, hindert die Völker an der Ausübung der in der UN-Charta verankerten Souveränitätsrechte und lenkt von der dringend notwendigen gemeinsamen Arbeit zur Lösung der Konflikte im Nahen Osten, in Afrika und anderen Regionen, zur Verringerung der weltweiten Ungleichheit, zur Beseitigung der Bedrohungen durch Terrorismus und Drogenkriminalität, Hunger und Krankheit ab."

Um diese Entwicklung zu stoppen und "[das Vertrauen wiederherzustellen und die internationale Situation zu stabilisieren](#)", legt Lawrow vier Schritte vor.

1. "Man muss die Ursachen der Krise in Europa ein für alle Mal beseitigen." Dazu verweist er auf die von Putin formulierten Bedingungen und erklärte Russlands Bereitschaft zur Suche nach einem Interessenausgleich.

2. "Die Wiederherstellung des regionalen und globalen Kräftegleichgewichts muss mit aktiven Bemühungen zur Beseitigung von Ungerechtigkeiten in der Weltwirtschaft einhergehen." (Stichwort: Keine Monopole)

3. "Ernsthafte, qualitative Veränderungen müssen auch in anderen Institutionen der Weltordnung stattfinden, wenn sie zum Wohle aller arbeiten sollen." (Lawrow nennt UNO, Multilateralismus, UN-Charta, UN-Sicherheitsrat, UN-Personal und Neutralität).

4. "Neben der UNO müssen auch andere multilaterale Organisationen zur Stärkung der Multipolarität im internationalen Leben beitragen." (G20, BRICS, SCO, GUS, OVKS, Eurasische Wirtschaftsunion, ASEAN, Golf-Kooperationsrat, Liga Arab. Staaten, Afrikan. Union und CELAC).

Lawrow ruft die Anwesenden dazu auf, "gemeinsam auf den Beginn der Geschichte des echten Multilateralismus hinarbeiten, die den Reichtum der kulturellen und zivilisatorischen Vielfalt der Völker der Welt widerspiegelt. Wir laden Sie zu dieser Diskussion ein, die natürlich ausschließlich ehrlich sein muss."

*Thomas Röper, Jg. 1971, zunächst Versicherungs- und Finanzdienstleistungsexperte in Osteuropa und Russland, dann unabhängiger Unternehmensberater in St. Petersburg; lebt seit 15 Jahren in Russland und betreibt die Seite [www.anti-spiegel.ru](http://www.anti-spiegel.ru), wo er sich kritisch mit der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen, zu Russland, zu (Geo-)Politik und Wirtschaft auseinandersetzt. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

### ● Konferenz zum 70. Jahrestag der "Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz"

In Peking hielt der chinesische Staatspräsident Xi Jinping eine Rede zum Jubiläum, in der er die "Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz" erneut würdigte und deren große Bedeutung, auch für unsere Gegenwart und die künftige Gestaltung der internationalen Beziehungen, hervorhob. Xi Jinping betonte, dass gute Beziehungen zwischen den Staaten, die gemeinsame Wahrung des Weltfriedens sowie die Förderung von Entwicklung und Fortschritt für die Menschheit stets wichtige Themen waren, die alle Nationen beschäftigten. Die fünf Prinzipien seien zu einer offenen und universell anwendbaren [Grundnorm für internationale Beziehungen und zu grundlegenden Prinzipien des Völkerrechts geworden](#) (zur Rede bitte runterscrollen). Sie hätten einen historischen Maßstab für die internationalen Beziehungen und die internationale Rechtsstaatlichkeit gesetzt und als wichtigste Richtschnur für den Aufbau und die Entwicklung der Beziehungen zwischen Ländern mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen gedient. Sie hätten zudem die Bemühungen der Entwicklungsländer um Zusammenarbeit und Selbststärkung durch Einigkeit stark unterstützt.

Die fünf Prinzipien hätten eine "Vision" formuliert. Ausgangspunkt sei die Tatsache, dass alle Länder eine gemeinsame Zukunft und miteinander verflochtene Interessen haben. Es gehe um ein Modell der Gleichberechtigung und Koexistenz in den internationalen Beziehungen. Um einen in der Welt vorherrschenden Trend zu Frieden, Entwicklung, Zusammenarbeit und Win-Win-Situationen mit neuen Perspektiven für Frieden und Fortschritt. Um Multipolarität und wirtschaftliche Globalisierung. Um neue Wege für Entwicklung und Sicherheit.

So stehe die Staatenwelt vor den Aufgaben, das Prinzip der souveränen Gleichheit aufrechtzuerhalten, das Fundament des geistigen Respekts zu festigen, die Vision von Frieden und Sicherheit in die Realität umzusetzen, alle Kräfte zu bündeln, um Wohlstand zu erreichen, sich für Fairness und Gerechtigkeit einzusetzen und sich eine offene und integrative Denkweise zu eigen zu machen.

Die [Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz](#) wurden 1955 vom damaligen chinesischen Premierminister Zhou Enlai auf der Konferenz der Blockfreien Bewegung in Bandung/Indonesien verkündet. Diese sind: "Gegenseitige Achtung der Souveränität und territorialen Integrität, gegenseitige Nicht-Aggression, gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen, Gleichheit und gegenseitiger Nutzen sowie friedliche Koexistenz." Diese Prinzipien wurden von Ländern auf der ganzen Welt akzeptiert und anerkannt und wurden zu einer wichtigen Norm für die heutigen internationalen Beziehungen.

*Zeit-Fragen, eine genossenschaftlich herausgegebene, weltanschaulich, politisch und finanziell unabhängige Zeitung, erscheint 14-tätig, auch in englischer und französischer Sprache. (Red.)*

*Die BüSo, Bürgerbewegung Solidarität, will durch die Wiederbelebung der deutschen klassischen Kultur zu einem neuen globalen Dialog der Kulturen beitragen. Sie sieht in dem Projekt 'Neue*

*Seidenstraße' die einzigartige Chance, uns aus dem Korsett veralteten geopolitischen Denkens, der Gefahr thermonuklearer Konfrontation und dem Diktat der Finanzmärkte zu befreien. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- Karin Leukefeld: **Gaza im Juni 2024, wie schon seit acht Monaten: Es ist Krieg – und die westliche Welt schaut weg ...**

Trotz Anordnungen des UN-Sicherheitsrates und des Internationalen Gerichtshofes, die Angriffe in Gaza zu stoppen, zu verhandeln und Hilfsgüter für die Menschen über die gesperrten Grenzübergänge fahren zu lassen, trotz täglicher Mahnungen und Appelle seiner Partner in den USA und Deutschland, trotz Vorschlägen und Angeboten aus China, Russland und der Arabischen Liga, trotz Verhandlungen der Geheimdienste aus Israel/USA und aus Ägypten/Katar setzt Israel den Krieg gegen die Palästinenser fort. Selbst die täglichen, zornigen Proteste der eigenen Bevölkerung, die immer größer werden und einen Waffenstillstand fordern, um ihren nach Gaza entführten Angehörigen eine Überlebenschance und die Perspektive auf Freiheit zu geben, stimmen den israelischen Kriegschef Benjamin Netanyahu nicht um. Denn Netanyahu kämpft laut Leukefeld um sein eigenes Schicksal, da er sich nach Kriegsende dafür verantworten muss, dass er den palästinensischen Angriff und das anschließende Massaker in Gaza zugelassen hat.

Neben den internationalen Bemühungen um einen Waffenstillstand schildert Karin Leukefeld die [schreckliche Situation der Palästinenser im Gazastreifen](#) seit dem 01.03.2024 bis Mitte Juni. (Wer sich das zutraut, kann die Schilderungen von Leukefeld zur Situation am/im Al-Shifa-Krankenhaus auch per Video ansehen; über 40min) Bis zum 14.06.2024 wurden laut der palästinensischen Gesundheitsbehörde (Gaza) mindestens 37'266 Tote und 85'102 Verletzte beklagt – bei einer eigentlich nicht mehr existierenden Gesundheitsversorgung.

[Karin Leukefeld](#), Jg. 1954, Studien der Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften, Ausbildung zur Buchhändlerin. Seit 1997 freie Journalistin. Sie ist die einzige deutsche Journalistin mit einer Akkreditierung in Syrien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Hendrik Pachinger: **“Israels Ruf ist für immer ruiniert“**

In ihrem Interview mit Hendrik Pachinger (jungeWelt) findet Francesca Albanese, UN-Sonderberichterstatterin für die besetzten Gebiete Palästinas, [deutliche Worte für das Einordnen der Vorgänge in Gaza und Westjordanland](#). Für Albanese “ist es aber keine Frage, dass nicht nur Israel, sondern auch die Hamas Verbrechen begangen haben“. Aber bei der Beurteilung des Konflikts, sei zu beachten, dass wir hier nicht von einem Konflikt zwischen “zwei Nationalstaaten wie im Falle Russland gegen die Ukraine [sprechen], sondern von einem Volk, dessen Selbstbestimmungsrecht von Israel vollständig verweigert wird“. Die von Israel ins Feld geführte Sicherheitsbedrohung sei das Ergebnis von Unterdrückung, die heute tagtäglich praktiziert werde. Die westlichen Länder seien nicht in der Lage gewesen, Druck auf Israel auszuüben, “damit es die vollen Staatsbürgerrechte ohne Diskriminierung für alle anerkennt“. Auch wenn die Hamas am 7. Oktober Kriegsverbrechen, vielleicht sogar Verbrechen gegen die Menschheit begangen habe, rechtfertige das nicht den Krieg gegen Gaza.

Der Schock in der israelischen Gesellschaft sei wohl auch auf viele Lügen und Fehlinformationen zurückzuführen. Und dieser Schock werde aufrechterhalten. Albanese fehlt hier die Stellungnahme der westlichen Länder gegen Israels Haltung und Vorgehen. Sie erinnert daran, dass sich bei Israel auch schon vor dem 7. Oktober das jetzt nackte Gesicht der Apartheid gezeigt habe. Mit ihrem Angriff habe die Hamas “die verdrängte Palästina-Frage wieder brandaktuell“ machen können.

Mitglieder der israelischen Regierung zielten mit Worten, aber auch mit ihrem Handeln "auf die Zerstörung einer Volksgruppe ab. Das soziale Gefüge des Gazastreifens ist zerstört, seine kulturelle Identität beseitigt worden. Etwa 17'000 Kinder wurden bisher getötet, mindestens 70'000 weitere sind Waisen. Tausende von Kindern wurden verstümmelt. Ich habe solche Kinder gesehen. Nicht nur ein paar, sondern Dutzende. Eine ganze Generation wurde verstümmelt. Und dann die Lebensbedingungen, die seit den letzten fünf Monaten herrschen, der Hunger, der Anblick von Menschen, die jeden Tag zu Hunderten vor ihren Augen sterben und leiden. Die gesamte westliche Gemeinschaft schaut hierbei nicht nur gleichgültig zu wie bei anderen Krisen, sondern unterstützt die Täter vielmehr. [...] Das Schockierende an der heutigen Situation ist, dass sogar Regierungen islamischer Länder ihre Bürger bestrafen, wenn diese auf die Straße gehen und sich für Gerechtigkeit in Israel und Palästina einsetzen." Nach Albanese seien die UN-Mitgliedstaaten in der Pflicht "einen Schritt zu unternehmen, um die Palästinenser zu schützen. [...] Die Mitgliedstaaten sollten sich zusätzlich beratschlagen, wie der Schutz der Palästinenser in den besetzten Gebieten durch eine Präsenz direkt gewährleistet werden kann, die nicht von Israel genehmigt werden muss."

[Inhalt ↑](#)

- **Ilan Pappé: Steht der Zusammenbruch des zionistischen Projektes «Israel» bevor?**

Ilan Pappé, israelischer Geschichtsprofessor, warnt angesichts der Zersplitterung der israelischen Gesellschaft hinsichtlich der Haltung gegenüber den Palästinensern, angesichts der wirtschaftlichen Krise Israels, angesichts der zunehmenden internationalen Isolierung Israels, angesichts des schwindenden Ansehens bei den jungen Juden in aller Welt, angesichts der seit dem 7. Oktober sichtbaren Schwäche der israelischen Armee und angesichts der Erneuerung der Energie unter der jüngeren Generation der Palästinenser: "[Sobald Israel das Ausmaß der Krise erkennt](#), wird es wie das südafrikanische Apartheidregime in seinen letzten Tagen mit ungezügelter und ungehemmter Gewalt versuchen, sie einzudämmen." Für Pappé ist der Zusammenbruch Israels und damit das Scheitern des Versuchs, "unter der Führung Großbritanniens und dann der USA, einem arabischen Land einen jüdischen Staat aufzuzwingen", vorhersehbar geworden. "In den kommenden Jahrzehnten werden sich die Siedler von diesem Ansatz verabschieden und ihre Bereitschaft zeigen müssen, als gleichberechtigte Bürger in einem befreiten und entkolonialisierten Palästina zu leben."

*[Ilan Pappé](#), Jg. 1954 in Haifa als Sohn deutscher Juden, die aus Deutschland geflüchtet waren, studierte in Jerusalem und promovierte in Oxford. Er ist einer der Protagonisten der "Neuen israelischen Historiker", die für eine Revision der offiziellen Geschichtsschreibung des Zionismus und des Staates Israel und für einen kritischen Ausgleich mit den Palästinensern plädieren. Er war Leiter des Friedensforschungsinstitut Givat Haviva, lehrte bis 2007 politische Wissenschaften an der Universität Haifa und ist derzeit Professor für Geschichte an der Universität Exeter. (Red.)*

[Inhalt ↑](#)

- **Adam Hanieh: Warum der Kampf für Palästina der Kampf gegen den US-Imperialismus in der Region ist**

Der politische Ökonom Adam Hanieh betont, dass der palästinensische Kampf in der breiteren Dynamik des Nahen Ostens und im globalen Kontext gesehen werden muss. Die unermüdliche Unterstützung der USA und führender europäischer Staaten für Israel liege darin begründet, dass Israel in der Zeit, als der ölfreiche Nahe Osten von den Angelsachsen kolonisiert wurde, zu einem wichtigen Bollwerk der US-Interessen in der Region wurde. Nach dem Krieg von 1967 zwischen Israel und führenden arabischen Staaten, in dem das israelische Militär die ägyptische und syrische

Luftwaffe zerstörte und die Westbank und den Gazastreifen, die (ägyptische) Sinai-Halbinsel und die (syrischen) Golanhöhen besetzte, haben die USA von Großbritannien die Führung übernommen.

Für Hanieh steht [Israels besondere Stellung bei der Unterstützung der US-Macht](#) in direktem Zusammenhang mit seinem inneren Charakter als Siedlerkolonie, die auf der anhaltenden Enteignung der palästinensischen Bevölkerung und damit auf einem permanenten Zustand des Krieges, der Besetzung und der Unterdrückung beruht. Dieser Zustand "wäre ohne kontinuierliche amerikanische Unterstützung (sowohl materiell als auch politisch) stark gefährdet. Im Gegenzug dient Israel als loyaler Partner und als Bollwerk gegen Bedrohungen der amerikanischen Interessen in der Region", aber auch weltweit. Ein weiterer Pfeiler, auf den sich die USA im Nahen Osten abstützten, sind laut Hanieh die Golfmonarchien. Um die beiden Säulen zu stabilisieren, habe es im Interesse der USA gelegen, die seit vielen Jahrzehnten bestehenden formellen arabischen Boykotte Israels abzuschaffen bzw. die wirtschaftliche Integration Israels in den Nahen Osten voranzutreiben. Dazu waren aber die politischen Voraussetzungen durch das Abkommen von Oslo notwendig, das allerdings "in hohem Maße auf den kolonialen Praktiken der vorangegangenen Jahrzehnte" aufbaute. Oslo wurde laut Hanieh von Israel aber auch dazu genutzt, "wichtige Teile der palästinensischen Bevölkerung – Flüchtlinge und palästinensische Bürger Israels – aus dem politischen Kampf auszuschließen und die Frage Palästinas auf Verhandlungen über Gebietsabschnitte in der Westbank und im Gaza-Streifen zu reduzieren. [...] Nach Oslo entstanden die Bewegungseinschränkungen, Sperren, Kontrollpunkte und militärischen Puffer, die den Gazastreifen heute umschließen. In diesem Sinne ist das Freiluftgefängnis, das heute Gaza ist, selbst eine Schöpfung des Oslo-Prozesses: Ein direkter Draht verbindet die Oslo-Verhandlungen mit dem Völkermord, dessen Zeuge wir heute sind."

Für Hanieh "ist dieses amerikanische Bündnis mit Israel nicht zufällig mit der Enteignung des palästinensischen Volkes verbunden, sondern begründet diese sogar. Es ist Israels Siedlerkolonialer Charakter, der ihm eine so überragende Rolle bei der Stärkung der US-Macht in der Region verschafft hat. Deshalb ist der Kampf der Palästinenser:innen so wichtig für den politischen Wandel im gesamten Nahen Osten – einer Region, die heute die am stärksten sozial polarisierte, wirtschaftlich ungleiche und von Konflikten geprägte Region der Welt ist."

*[Adam Hanieh](#) hat sich als führender Wissenschaftler auf dem Gebiet der politischen Ökonomie des Nahen Ostens bei seinen Forschungen insbesondere auf die Dynamik der Klassen- und Staatsbildung in den sechs ölreichen arabischen Golfmonarchien sowie auf die tiefgreifenden Auswirkungen des Golfkapitalismus auf die sozioökonomischen und politischen Entwicklungen im Nahen Osten insgesamt konzentriert. Hanieh war Gründungsmitglied des Zentrums für Palästinastudien an der 'SOAS University of London'. (Red.)*

[Inhalt](#) 

- **Rainer Rupp: Die mentale Verwirrung der Machtelite in Washington hat System**

Der emeritierte Wirtschaftswissenschaftler Richard Wolff hat anlässlich des sogenannten "Friedensgipfels" in der Schweiz und vor dem Hintergrund des Niedergangs der USA und des Aufstiegs der BRICS festgestellt, dass sich die US-Eliten "weigern, die Geschehnisse infolge der fundamentalen Verschiebung der Korrelation der globalen Kräfte zuungunsten des Westens wahrzunehmen, [und daher auch nicht verstehen können], warum sie die Veränderungen nicht nach ihrem Willen steuern können". Das Verhalten der US-Elite hängt laut Wolff damit zusammen, dass die aktuelle Machtelite der USA in einer Zeit aufgewachsen sei, in der die USA die Welt dominierten. Den heutigen Niedergang zu stoppen, sei ihr nicht möglich, da "sie nicht bereit sind, sich der veränderten globalen Wirtschaft und Politik anzupassen".

Um das verstehen zu können, weist Wolff auf die Besonderheiten der US-amerikanischen Gesellschaft hin. Die USA seien nicht nur "in unsagbarer Gewalt geboren" worden, sondern sie seien ein Land geworden, "dessen Überleben in der nicht allzu fernen Vergangenheit als abhängig von Massenmord identifiziert wurde. [Deshalb denkt es, es kann seine Probleme nur mit militärischer Gewalt lösen.](#)" Den US-Amerikanern sei über drei Jahrhunderte hinweg beigebracht worden, dass die guten weißen Einwanderer sich gegen die bösen Wilden (die einheimischen Indianer) verteidigen mussten. "Erst waren die einheimischen Indianer die Wilden, dann waren es die Sklaven, dann jeder, der gegen die USA war. Fidel Castro war ein Wilder, Putin ist ein Wilder, Xi Jinping ist ein Wilder." Es sei diese Seite erbärmlich-kindischer Selbstwahrnehmung der US-Bevölkerung, auf die US-Politiker zurückgreifen, wenn sie für ein Amt kandidieren oder öffentlich sprechen. Auf diese Weise werde aus der Ukraine die unschuldige, aber tapfere Demokratie, die gegen die russischen Wilden kämpft. Und so kämpfen die verbündeten Israelis gegen die wilden Palästinenser, die den Israelis am 7. Oktober dasselbe antaten, "was die Wilden den britischen Einwanderern in Massachusetts im 18. Jahrhundert angetan hatten". So seien sich auch US-Reporter keiner anderen Realität bewusst, als dass die Welt das Produkt dieser US-Gesellschaft sei. Niederlagen gebe es in dieser Sichtweise nicht. Man könne sich nicht fragen: "Was haben wir falsch gemacht? Was haben wir missverstanden? Nichts, nichts, nichts." Die US-Amerikaner sind nach Wolff bisher nicht in der Lage, "diese schreckliche Realität zu verinnerlichen".

*Rainer Rupp, Jg. 1945, der als [Ex-Spion der DDR in der NATO](#) für [sieben Jahre in Haft](#) musste, [schrieb bis Feb. 2016 für die 'jungeWelt'](#) vor allem zu Außen- und Sicherheitspolitik. Rupp misst der Friedensfrage die höchste Priorität zu. (Lebensbericht bei KenFM [Teil 1](#), [Teil 2](#), je 1h20; [Doku zu Spion 'Topas'](#), 0h41). (Red.)*

[Inhalt](#) ↑